

Materialien für Schülerinnen und Schüler

Kapitel 4 – Öffentliche Güter

Peter Dreuw und Robert Gillenkirch, Universität Osnabrück
unter Mitarbeit von Denise Florenz, Balkes Takla und Helena Witschel



Was sind öffentliche Güter?

Öffentliche Güter zeichnen sich dadurch aus, dass jeder sie ungehindert nutzen kann (Nicht-Ausschließbarkeit vom Konsum) und gleichzeitig keine Rivalität bei der Nutzung des öffentlichen Gutes besteht (Nicht-Rivalität im Konsum). Nicht-Ausschließbarkeit vom Konsum impliziert, dass Menschen nicht durch Bezahlschranken (z.B. Eintrittsgeld) oder andere Hindernisse am Konsum des öffentlichen Gutes gehindert werden können. Nicht-Rivalität im Konsum impliziert, dass es sich um ein Gut handelt, das entweder so reich oder in einer Art vorhanden ist, dass selbst wenn alle Menschen es konsumieren möchten, nicht darum konkurriert werden muss (z.B. Luft zum Atmen) oder das Gut gleichzeitig von vielen Personen genutzt werden kann (z.B. Landesverteidigung durch das Militär). Um öffentliche Güter besser zu verstehen und eingrenzen zu können, ist es hilfreich, zwischen Gemeinschaftsgütern, Klubgütern, privaten Gütern und öffentlichen Gütern entsprechend der folgenden Tabelle zu unterscheiden:

	Rivalisierend	Nicht-rivalisierend
Ausschliessbar	Private Güter	Klubgüter
Nichtausschliessbar	Gemeinschaftsgüter	Öffentliche Güter

Private Güter sind solche Güter, die nur von dem Menschen genutzt werden können, der sie besitzt (also werden alle anderen, die dieses Gut nicht besitzen vom Konsum ausgeschlossen). Die Rivalität/Konkurrenz von privaten Gütern ist in hohem Maße durch den Marktpreis gegeben. Der Marktpreis gibt Informationen über die Knappheit des Gutes und somit über die Höhe der Konkurrenz/Rivalität. Je reicher ein Gut vorhanden ist, desto geringer ist die Konkurrenz.

Klubgüter sind Güter, von deren Konsum man zwar ausgeschlossen werden kann, bei denen aber keine Rivalität im Konsum besteht. Beispiele für Klubgüter sind Musik- und Film/Video-Streamingdienste, die einen monatlichen Beitrag für die Nutzung verlangen, oder kostenpflichtige Software. Sowohl die Software als auch der Musikstream muss nur einmal programmiert oder bereitgestellt werden und ist dann prinzipiell unendlich verfügbar. Deshalb konkurrieren Konsumenten nicht um die Nutzung des Klubgutes.

Gemeinschaftsgüter (auch Allmende-Güter genannt) sind Güter, von deren Nutzung keiner ausgeschlossen werden kann, deren Nutzung allerdings durch Rivalität im Konsum gekennzeichnet ist. Beispiele für Gemeinschaftsgüter sind überfüllte Straßen, überfüllte Parks oder überfischte Meere. Diese Beispiele zeigen, dass der Übergang zu einem reinen öffentlichen Gut oft fließend ist, denn sind Straßen oder Parks nicht überfüllt und Meere nicht überfischt, gibt es auch keine Rivalität.

Die Problematik der Gemeinschaftsgüter besteht darin, dass wegen zu hoher Nutzung negative externe Effekte (zu viel Müll im Park, Überfischung, Stau, Umweltbelastung) entstehen. Dies wird auch Allmende-Tragik genannt.

In diesem Abschnitt über öffentliche Güter befassen wir uns mit einem möglichen Marktversagen in der Bereitstellung öffentlicher Güter; dieses Marktversagen führt zur Allmende-Tragik.

Marktversagen und Trittbrettfahrerproblematik bei öffentlichen Gütern

Um die Problematik der Bereitstellung öffentlicher Güter zu erläutern, gehen wir zunächst einen Schritt zurück und schauen noch einmal rückblickend auf das Kapitel über Märkte und Preise. Diese Märkte haben wir vor dem Hintergrund analysiert, dass ausschließlich private Güter gehandelt werden. Wir hatten gesehen, dass der Polypolmarkt Gütern effizient verteilt und das Polypolmarktgleichgewicht zum höchsten gesamten Wohlstand für die Gesellschaft führt. Nun führen wir eine weitere Eigenschaft dieses Marktgleichgewichtes ein: Pareto-Effizienz. Pareto-Effizienz bedeutet, dass ausgehend von einer bestehenden Güterverteilung kein Individuum besser gestellt werden kann ohne ein anderes Individuum schlechter zu stellen.

Ein Beispiel für ein öffentliches Gut ist eine Straßenlaterne in einer dunklen Straße. Mit einer Straßenlaterne fühlen sich alle Bewohner der Straße nachts sicherer, vermeiden Unfälle und zudem verleiht die Straßenlaterne der Straße nachts Glanz. Jeder Bewohner der Straße profitiert also von der Laterne und gleichzeitig kann auch keiner ohne weiteres von dem Licht der Laterne ausgeschlossen werden. Doch welcher Bewohner der Straße kauft die Laterne? Oder kaufen alle die Laterne? Wenn alle die Laterne kaufen, zahlt dann jeder den gleichen Betrag? An dieser Stelle wird ein wesentliches Problem des Marktes für ein öffentliches Gut gegenüber dem Markt für private Güter deutlich: Auf dem Markt für private Güter kauft und konsumiert jeder Nachfrager das Gut, wenn seine Wertschätzung dafür hoch genug ist (und er über ausreichende Mittel verfügt). Ist seine Wertschätzung für das Gut nicht hoch genug, dann kauft er das Gut nicht. In einem Markt für öffentliche Güter kann dagegen jeder das Gut konsumieren, nachdem es bereitgestellt wurde.

Stellen wir uns vor die Bewohner der Straße setzen sich an einem Abend zusammen, um über die Anschaffung der Laterne zu diskutieren. Ein Bewohner schlägt vor, dass die Kosten der Laterne auf alle Bewohner gleichmäßig aufgeteilt werden sollten (Situation a)). Ein anderer Bewohner schlägt vor, dass jeder Bewohner so viel beitra-

gen soll, wie es seiner Wertschätzung für die Laterne entspricht (Situation b)). In Situation a) gibt es möglicherweise Bewohner, die sich diesen Betrag nicht leisten können oder wollen; je mehr Bewohner aber sich nicht an der Anschaffung beteiligen, desto teurer wird das Gut für die anderen. In Situation b) werden einige Bewohner möglicherweise über ihre Wertschätzung lügen, um weniger bezahlen zu müssen. In beiden Situationen gibt es daher Trittbrettfahrer, also Bewohner, die nicht zum Erwerb der Laterne beitragen, aber auch nicht von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden können. Gibt es aber zu viele Trittbrettfahrer, wird die Laterne nie angeschafft. Dies ist immer dann ein Marktversagen, wenn der Nutzen der Laterne deren Kosten übersteigt. Die entstehende Situation ist nicht pareto-effizient: Jeder Bewohner könnte durch die Anschaffung Laterne bessergestellt werden, wenn es gelänge, die Situation b) erfolgreich herzustellen.

Die Laterne ist ein Beispiel für ein öffentliches Gut in einer kleinen Gesellschaft. Je größer die Gesellschaft wird, desto schwieriger ist auch die Organisation für die Bereitstellung des jeweiligen öffentlichen Gutes und desto einfacher (schwieriger) ist es Trittbrettfahrermöglichkeiten wahrzunehmen und auszunutzen (zu entdecken und zu bekämpfen). In vielen Fällen sind öffentliche Güter auch viel zu teuer, als dass private Haushalte diese kaufen könnten, selbst wenn sie sich organisieren. In vielen Beispielen aus der Realität werden öffentliche Güter deshalb entweder gar nicht oder durch den Staat bereitgestellt (so auch Straßenlaternen), in dem Wissen (oder in der Annahme), dass es sich bei der Bereitstellung um eine Pareto-Verbesserung handelt.

Öffentliche Güter in Laborexperimenten

Experimente zu öffentlichen Gütern existieren zahlreich. Das klassische Experiment zu öffentlichen Gütern ist dabei wie folgt aufgebaut:

Bei diesem Experiment spielen jeweils vier Spieler miteinander. Jeder Spieler hat ein gleich hohes Anfangsbudget von 10€. Das öffentliche Gut ist in diesem Spiel ein Topf, in den jeder Spieler einzahlen kann. Die Summe der Einzahlungen in den Topf wird verdoppelt und jeder Spieler erhält ein Viertel des Betrages aus dem Topf. Die Spieler müssen sich simultan entscheiden (d.h. sie wissen nicht welchen Betrag die anderen Spieler einzahlen) wie viel sie in den Topf einzahlen möchten (mögliche Einzahlungsbeträge reichen von 0€ (gar nichts) bis 10€ (alles)). Das Spiel wird über mehrere Runden jeweils mit dem gleichen Anfangsbudget von 10€ wiederholt.

Die minimale Auszahlung eines einzelnen Spielers in diesem Spiel ist 5€. Diese Auszahlung ergibt sich, wenn ein Spieler seine 10€ voll in das öffentliche Gut investiert und alle anderen Spieler gar nichts in das öffentliche Gut investieren. Der Betrag im Topf ist dann 10€. Dieser Betrag wird verdoppelt auf 20€. Von diesem Betrag erhält jeder Spieler ein Viertel also 5€. Die maximale Auszahlung eines einzelnen Spielers ist 25€. Dieser Betrag ergibt sich, wenn der Spieler gar nichts in das öffentliche Gut investiert und

alle anderen ihr ganzes Budget. Im Topf sind dann 30€, die auf 60€ verdoppelt werden. Von diesen 60€ erhält jeder Spieler ein Viertel, also 15€. Da ein Spieler nichts eingezahlt hat, ist sein Gewinn $10€ + 15€ = 25€$. Die Gewinne eines Spielers liegen also im Bereich von 5€ bis 25€. Das soziale Optimum (hier wird der Wohlstand der gesamten Gruppe maximiert) liegt bei 20€. Dann investiert jeder Spieler sein ganzes Budget in das öffentliche Gut.

Für einen nach den Prinzipien des Homo Oeconomicus handelnden Menschen besteht die rationale, eigennutzmaximierende Strategie darin, nichts in das öffentliche Gut zu investieren und somit Trittbrettfahrer zu sein. Der Homo Oeconomicus investiert nichts, weil dieses Verhalten eine *dominante Strategie* ist: Egal, was die anderen tun, erreicht er stets eine höhere Auszahlung, wenn er nichts gibt. Diese Situation wird nach dem gleichnamigen Spiel auch als Gefangenendilemma bezeichnet.

Ergebnisse aus Laborexperimenten für öffentliche-Güter-Experimente nach dem obigen Schema zeigen jedoch, dass Experimententeilnehmer anfänglich (in den ersten von beispielsweise 10 Runden) etwa 50% ihres Budgets in das öffentliche Gut investieren. Gleichwohl sinken mit zunehmender Rundenanzahl die in das öffentliche Gut investierten Beträge sukzessive ab; nach 10 Runden liegen sie nur noch bei 15-25% des Budgets. Je mehr Runden gespielt werden, desto geringer wird also die durchschnittliche Investition in das öffentliche Gut.

Somit zeigen auch Experimente zu öffentlichen Gütern, dass Menschen sich nicht stets eigennützig verhalten und Fragen etwa der Kooperation und Verteilungsgerechtigkeit eine bedeutende Rolle spielen. Um diese Ergebnisse der Experimente zu erklären, gibt es mehrere konkrete Ansätze. Die Bereitschaft, anfangs in das öffentliche Gut zu investieren, kann zum Beispiel mit Altruismus oder sozialen Normen erklärt werden. So gibt es immer einige Menschen, die sich an dem öffentlichen Gut beteiligen, weil sie nicht auf ihr eigenes Einkommen achten oder weil sie es für „ihre Pflicht“ halten, beizutragen. Menschen achten aber offenbar auch darauf, was andere tun, und so kann der Rückgang der Beträge über die Zeit dadurch erklärt werden, dass die Menschen, die investieren, auf die ausbleibende Kooperation anderer reagieren und sich reziprok verhalten. Die betreffenden Menschen sind also kooperativ und investieren, wenn es die anderen Spieler auch sind (positive Reziprozität), aber unkooperativ und investieren nicht (mehr), wenn die anderen Spieler ebenfalls nicht kooperieren (negative Reziprozität). Offenbar haben dabei die nicht kooperativen Spieler den stärkeren Einfluss (weil sie in der Überzahl sind oder weil jeder Einzelne stärker negativ als positiv reagiert), denn die Investitionen nehmen typischerweise über die Zeit ab.

Lösungsversuche für die Überwindung des Marktversagens bei öffentlichen Gütern

Experimentalökonominnen haben eine Vielzahl an Experimentabwandlungen des einfachen oben beschriebenen öffentlichen-Güter-Spiel spielen lassen um herauszufinden, wie die Kooperations- und Investitionsbereitschaft der Spieler erhöht werden kann. Zum Beispiel wurde es den Spielern ermöglicht, Sanktionen zu verhängen: Sie konnten unkooperative Spieler im Experiment bestrafen.

Die Experimente zeigen, dass die Investitionen in öffentliche Güter doppelt bis viermal so hoch sind, wenn es solche Bestrafungsmöglichkeiten gibt. Ein weiterer Effekt ist, dass die durchschnittlichen Investitionen über die Runden stabil bleiben und nicht abnehmen. In den Experimenten mussten die Spieler, um andere zu bestrafen, einen Teil ihres eigenen Gewinns aufgeben. Die Bestrafung unkooperativer Spieler lassen sich die kooperativen Spieler also sogar „etwas kosten“. Anstatt unkooperatives Verhalten zu sanktionieren, könnte auch kooperatives Verhalten belohnt werden. Experimente hierzu kamen zu dem Ergebnis, dass die Möglichkeit andere Spieler für kooperatives Verhalten zu belohnen, einen positiven Effekt auf die Höhe der Investitionen in das öffentliche Gut hat, jedoch ist dieser nicht so hoch wie bei der Bestrafung. Am höchsten sind die Beiträge zu dem öffentlichen Gut, wenn gleichzeitig Bestrafung von unkooperativem und Belohnung von kooperativem Verhalten im Experiment erlaubt sind. Einige Experimente zeigen zudem, dass die Kommunikation der Spieler über ihre Reputation einen positiven Effekt auf die Höhe der Beiträge und die Kontinuität der Beitragshöhe haben.

Alle diese Lösungskonzepte sind vor allem Experimentlösungen, also Konzepte, die in der einfach gehaltenen Umgebung des Experiments funktionieren. Doch wie werden solche Konzepte in die Realität übertragen und können diese Konzepte in der realen Welt auch dazu führen, die Allmende-Problematik zu lösen? Zwar gibt es einige Beispiele, dass Bestrafung aber auch Belohnung helfen können, die Allmende-Tragik in bestimmten Situationen zu vermeiden. In vielen Allmende-Tragiken sind diese Mittel jedoch nahezu wirkungslos. Anders in Singapur: Dort herrscht ein sehr strenges Bestrafungssystem. Einen Zigarettenstummel oder einen Kaugummi auf den Boden zu werfen wird schon mit 500 Singapur-Dollar bestraft. Zudem sind die Singapurer sehr bedacht auf eine saubere Umgebung und melden Verstöße schnell beim Staat. Als Resultat gilt Singapur als eine der saubersten Städte der Welt. Ein Beispiel also dafür, dass Bestrafung funktioniert. Ein Beispiel dafür, dass Belohnungen funktionieren, ist das deutsche Pfandflaschensystem. Auch wenn hier pro Flasche nur geringe Belohnungen für die saubere Entsorgung gezahlt werden, hilft dies, öffentliche Stellen weitgehend von Pfandflaschen sauber zu halten.

Allmende-Tragiken innerhalb eines Staates oder einer Gemeinde können oft durch Regulierung oder Privatisierung gelöst werden, oder aber durch eine Art Bürger-Kooperations-Vertrag, in dem die Unterzeichnenden sich auf eine gemeinsame Nutzung einigen, die nicht zu Übernutzung führt. Die für ihre Forschung mit den Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnete US-Politologin [Elinor Ostrom](#) fand zahlreiche Beispiele, bei denen die Bürger-Kooperation verhalf, die Allmende-Problematik zu überwinden. Häufig ist die Bürger-Kooperation sogar wesentlich effizienter als staatliche Regulierung oder Privatisierung. Für die großen internationalen Allmende-Tragiken, allen voran den Klimawandel, die Überfischung der Meere und die Regenwaldabholzung ist hingegen noch keine Lösung gefunden und vermutlich vorerst auch nicht in Sicht. Das Problem liegt hier darin, dass heterogene Staaten (arme,

reiche, große, kleine, industrialisierte, nicht-industrialisierte, usw.) miteinander kooperieren müssen. Gleichzeitig stehen sie im ständigen internationalen Wettbewerb zueinander und kein Staat möchte seine Wettbewerbsposition aufgeben. Die Weltstaaten haben zwar erkannt, dass sie kooperieren müssen und haben sich in internationalen Klimaabkommen (Kyoto-Protokoll, Pariser Klimaabkommen) zusammengeschlossen. Aber obwohl solche Abkommen grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung sind, halten Experten sie im internationalen Staatengefüge für zum Scheitern verurteilt.

Warum sind Klimaabkommen so ineffizient?

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls haben sich mittlerweile 191 Staaten (alle relevanten Staaten außer der USA haben unterzeichnet) dazu verpflichtet, individuelle Klimaziele zu erreichen. Dazu verpflichteten sich die Staaten, selbst gesteckte Ziele gegenüber dem CO₂-Ausstoß aus dem Basisjahr 1990 bis 2012 in einer ersten Verpflichtungsperiode, bzw. bis 2020 in einer zweiten Verpflichtungsperiode zu erreichen. In der zweiten Verpflichtungsrunde sind neben den USA mit Neuseeland, Japan, Kanada und Russland weitere wichtige Länder aus dem Protokoll ausgeschieden, sodass sich die CO₂-Emissionen der Teilnehmerstaaten nur noch auf 15% der globalen Emissionen belaufen. Zwar konnten die globalen durch das Kyoto-Protokoll gesetzten Klimaziele insgesamt erreicht werden (die individuellen Ziele wurden von vielen Staaten sogar übertroffen). Jedoch ist der weltweite CO₂-Ausstoß bis 2010 um 29% angestiegen. Grund hierfür waren unter anderem die sich stetig entwickelnden damaligen Schwellenländer wie China oder Indien, die ihren CO₂-Ausstoß im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung stark erhöht haben. Aber auch [Deutschland](#), Kanada und Japan (als Unterzeichner des Kyoto-Abkommens) und die USA als wesentliche CO₂-Emittenten haben ihre Emissionen weiter erhöht.

Dies ist das Dilemma: Jeder Staat hat einen Nutzen daraus, klimaschädlich zu handeln (etwa bei der Energieversorgung seiner Bürger durch Braunkohle, bei dem Ausbau der Infrastruktur, bei der Abholzung von Wald für Anbauflächen, etc.) oder klimaschädliches Handeln zuzulassen, damit Unternehmen Güter herstellen und Dienstleistungen anbieten können. Durch den Verkauf der Güter und Dienstleistungen der Unternehmen kann der Staat Steuereinnahmen erzielen. Für jedes Land einzeln betrachtet ist der eigene Beitrag zur globalen Umweltverschmutzung verhältnismäßig gering, und so überwiegen die individuellen Gewinne die individuellen Kosten durch die Umweltverschmutzung. Global betrachtet könnten und werden die Kosten durch den Klimawandel jedoch die Gewinne der einzelnen Staaten überschreiten. Aufgrund der Gegenläufigkeit dieser individuellen vs. globalen Perspektiven ist das Problem des Klimawandels nur schwierig zu lösen und erfordert eine Kooperation unter den Staaten. Denn auch aus der Perspektive der Staaten greift die Trittbrettfahrerproblematik. Ein Staat alleine kann das Problem des Klimawandels nicht lösen, da sein Anteil an der globalen Erwärmung zu gering ist. Warum sollte ein Staat seinen CO₂-Ausstoß also verringern und damit seine internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden, wenn seine Nachbarn munter weiter verschmutzen und durch

Kommentiert [RG2]: die doch wohl auch?!

Kommentiert [RG1]: wer?

die eigene CO₂-Reduktion das Problem nicht gelöst werden kann?

Für viele Ökonomen, die sich in ihrer Forschung mit Klimawandel und Kooperation und insbesondere auch mit dem Kyoto-Protokoll auseinandersetzen, ist die geringe Effizienz des Klimaabkommens nicht überraschend. In ihren auf Konzepten der Spieltheorie basierenden Modellen zur staatlichen Kooperation beim Klimawandel zeigen sie, dass Abkommen mit sehr vielen oder sogar allen Staaten der Welt zum Scheitern verurteilt sind, da sie instabil sind. Das liegt daran, dass es umso verlockender ist, Trittbrettfahrermöglichkeiten auszunutzen, je mehr Staaten sich auf eine Kooperation einigen. Den spieltheoretischen Modellen zufolge ist es daher sinnvoller, mehrere kleine Koalitionen zu formen anstatt eine große. Den Klimaabkommen von Kyoto oder Paris seien vor allem deshalb so viele Staaten beigetreten, weil sie sich unambitionierte Ziele setzen konnten. Die Klimaabkommen werden aber gerade so gestaltet, dass jeder Staat daran teilnimmt. Viele kleinere Abkommen anstatt eines großen Abkommens würden neben stärkeren Anreizen, sich an das Abkommen zu halten, auch dazu führen, dass höhere Klimaziele gesteckt werden, denn je größer die Ambitionen, desto geringer ist die Koalition, die diese Ambitionen erreichen möchte/kann. Der für seine Beiträge zur Spieltheorie und Kooperation mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Ökonom Thomas Schelling fügt dem hinzu, dass es besser sei zunächst die EU, USA, Kanada, Japan, Australien, Russland und womöglich China, Indien, Brasilien und Indonesien in ein Abkommen zu bewegen (und damit die wesentlichen CO₂-Emittenten), als mehrere Dutzend Staaten auf einmal.

Noch eine Allmende-Tragik: Steuern

Der Staat erhebt unterschiedliche Steuern, und die Gelder verwendet er gerade auch für die Finanzierung öffentlicher Güter: Landesverteidigung, innere Sicherheit, Infrastruktur, Bildung, usw. Den größten Anteil der Steuereinnahmen des Bundes und der Kommunen machen neben der Umsatzsteuer die Lohn- und Einkommensteuer für Personen und die Körperschafts- und Gewerbesteuer für Unternehmen aus. Was haben diese Steuern mit dem Problem des finanziellen Beitrags zur Bereitstellung öffentlicher Güter zu tun? Das Problem liegt hier darin, dass die Steuereinnahmen des Staates davon abhängen, wie viel Lohn und Einkommen die in Deutschland lebenden Personen und wie viel Gewinn die in Deutschland ansässigen Unternehmen erzielen und versteuern. Personen und Unternehmen haben aber viele legale Möglichkeiten, ihre Steuerlast zu verringern. So gelingt es z.B. international tätigen Konzernen immer wieder, nur sehr wenig Steuern in den Ländern zu zahlen, in denen die Unternehmenssteuersätze hoch sind. Schätzungen dazu sind sehr schwierig; man kann aber davon ausgehen, dass allein dem deutschen Fiskus durch die Steuervermeidungsstrategien der internationalen Konzerne jährlich eine zweistellige Milliardensumme entgeht.

Im Experiment zu öffentlichen Gütern könnte man dieses Steuervermeidungsproblem wie folgt abbilden: Je-

der Spieler hat anfangs nicht 10 Euro zu Verfügung, sondern, sagen wir, 20 Euro. Er muss 50% seines Geldbetrages als Steuer abgeben und damit in das öffentliche Gut investieren. Das wären 10 Euro (also 50% der verfügbaren 20 Euro). Aber jeder Spieler macht zunächst seine „Einkommensteuererklärung“. Darin entscheidet er, wieviel Einkommen er versteuern will. Um dieselben Zahlen abzubilden wie im ursprünglichen Experiment, würde man sagen: Der Spieler kann in seiner Steuererklärung jedes beliebige Einkommen zwischen 0 und 20 Euro angeben, und 50% des angegebenen Betrages geht als Steuer in den Topf. Wer dann die vollen 20 Euro angibt, entscheidet damit, 10 Euro in das öffentliche Gut zu investieren. Wer nur 10 Euro Einkommen angibt, investiert nur 5 Euro, und wer 0 Euro Einkommen angibt, investiert 0 Euro. Man sieht an diesem Beispiel: Steuervermeidung ist äquivalent zum Trittbrettfahrerproblem im ursprünglichen Spiel.

Das Problem der Steuervermeidung zu lösen ist ähnlich schwierig wie der Klimaschutz. Auch hier gilt, dass einzelne Staaten stets einen Anreiz haben, Steuern zu senken, um so Unternehmen anzulocken, die vor Ort Arbeitsplätze schaffen. Und auch hier gilt, dass Versuche, Steuerabkommen mit sehr vielen oder sogar allen Staaten der Welt zu schließen, zum Scheitern verurteilt sind.